TELEPOLIS

Verantwortung übernehmen - Geht doch!

Artur P. Schmidt *13.01.2009*

Unter Bankstern - Teil 9

Teil 8: Banken und Moralverlust

Fehlende Verantwortung

Nicht verantwortete Macht kann es nicht geben. Wesentliches Merkmal der heute von Männern beherrschten Finanzwelt sind Exzesse und ein fehlendes Verantwortungs-bewusstsein für das Ganze. Banken erfinden immer neue Produkte, um ihre Gier zu befriedigen. Die Selbstherrlichkeit und Vetternwirtschaft des Aufsichtsrats- und Vorstands-Karussells der Bankmanager diente noch nie dem Nutzen der Kunden, sondern immer nur der Steigerung der Macht und des persönlichen Einkommens. Dabei wäre es vor allem die Verantwortung für das Unternehmen, die es Führungskräften erlauben würde, ihre Aufgaben bestmöglich zu erfüllen. Wer mit Macht ausgestattet ist, muss Verantwortung übernehmen. Tut er es nicht, besteht die Gefahr des Machtmissbrauchs. Macht kann jedoch nur dann verantwortungsvoll eingesetzt werden, wenn man versteht, warum bestimmte Probleme nicht leicht zu lösen sind. Genau dies gelingt jedoch vor allem Bankern immer weniger, weil sie ihre Geldgier über das Verständnis von Wechselwirkungen stellen. Das Ausblenden von möglichen Katastrophen ist das zentrale Problem bei der Ausübung von Bankenmacht und für verantwortliches Handeln.

Laut Emmanuel Lévinas bedeutet "Ich sein", sich der Verantwortung nicht entziehen zu können. Verantwortung erfordert, die menschliche Seite der Organisation viel stärker als in der Vergangenheit hervorzuheben. Doch genau hier versagen Banken vollumfänglich. Durch die blinde Gier wird die Humanität auf die letzte Stufe möglicher Lösungsansätze verbannt. Banken müssen wieder lernen, die ihnen zur Verfügung stehende Macht nicht zu missbrauchen und entgegengebrachtes Vertrauen zu rechtfertigen. Großmannsucht und Generalstabplanspiele verhindern heute mehr denn je, dass die Macht der Banken für die Verbesserung der Lebensumstände aller Menscheneingesetzt wird. Stattdessen wird alles finanziert, was noch mehr Geld in die Kassen spült und zwar ohne Rücksicht auf Folgen. Die Finanzierung von Kriegen mag zwar das schnellste Mittel sein, um Profit anzuhäufen, es ist jedoch das schlechteste, wenn es darum geht, eine bleibende historische Bedeutung zu erlangen, da es die Menschenverachtung auf die Spitze treibt.

Die deutsche Bankenkrise

Am 13. Juli 1931 brach in Deutschland in Folge der Weltwirtschaftskrise die zweitgrößte Geschäftsbank, die Darmstädter und Nationalbank (DANAT-Bank), zusammen. Durch die Hyperinflation hatten die deutschen Kreditinstitute mehr als zwei Drittel ihres Eigen- und Fremdkapitals verloren. Dadurch mussten sich die Banken in Fremdwährungen refinanzieren, wodurch Risiken der Fristentransformation und der Wechselkurse entstanden.

Aufgrund ihrer expansiven Geschäftspolitik hatte die DANAT-Bank überdurchschnittlich viele kurzfristige Auslandskredite aufgenommen. Nach dem Börsencrash von 1929 zogen immer mehr Auslandsfirmen ihr Kapital aus Deutschland ab, was die Liquidität der Banken belastete, insbesondere, als im Mai 1931 die Österreichische Creditanstalt einen Jahresverlust von 140 Millionen Schilling meldete, der fast das gesamte Eigenkapital der Bank aufzehrte. Die Bekanntgabe eines großen Verlustes beim Karstadtkonzern und die gemeldete Schieflage des Versicherungsunternehmens Nordstern verstärkten die Unsicherheit derart, dass Anleger umgerechnet über 288 Millionen Reichsmark in Devisen von deutschen Banken abzogen.

Menschenschlange vor einem Postscheckamt nach dem Zusammenbruch der DANAT-Bank

Einige Wochen später gab der größte europäische Wollkonzern, die Norddeutsche Wollkämmerei (abgekürzt „Nordwolle"), einen hohen Verlust bekannt. Als dann während einer Betriebsprüfung weitere spekulative Verluste bei der Nordwolle hervorkamen, kam die Bankenkrise in Deutschland erst richtig in Fahrt. Der Vorstandsvorsitzende Jacob Goldschmidt von der DANAT-Bank, die sich durch umfangreiche Kredite bei der Nordwolle engagiert hatte, war nun gezwungen, neue Eigenmittel für seine Bank aufzutreiben. So versuchte er unter anderem den damaligen Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft, Oskar Wassermann, zu einer Fusion beider Kreditinstitute zu bewegen. Dies wurde jedoch von Wassermann abgelehnt. Da Frankreich der Reichsbank keine weiteren Mittel zur Verfügung stellte, beschloss am 11.Juli das Reichsbankdirektorium eine Verschärfung ihrer Kreditrestriktionen. Damit war auch eine Refinanzierung der DANAT-Bank über die Reichsbank ausgeschlossen und das Schicksal der Bank endgültig besiegelt. Da auch andere Banken Liquiditätsprobleme hatten, scheiterte auch der Versuch einer Garantiegemeinschaft aller Großbanken in Verbindung mit einer Reichsgarantie am Widerspruch der Geschäftsbanken.

Die Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft konnte reüssieren, hatte sie doch jetzt einen Konkurrenten weniger. Bereits am 14. Juli musste auch die Dresdner Bank ihre Illiquidität eingestehen. Da die Großbanken hohe Verluste zu bewältigen hatten, stärkte die Reichsregierung mittels staatlicher Gelder die Eigenkapitalbasis der Kreditinstitute, was faktisch einer Verstaatlichung fast aller großen Geschäftsbanken gleich kam. So waren 1932 das Reich und die an der Kapitalrekonstruktion beteiligte Golddiskontobank zu 91 Prozent an der mit der DANAT-Bank fusionierten Dresdner Bank, zu 70 Prozent an der mit dem Barmer Bankverein zusammengeschlossenen Commerz- und Privatbank und auch zu 30 Prozent an der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft beteiligt. Durch die Bankenkrise wurde der bereits zuvor erkennbare Konzentrations- und Rationalisierungsprozess weiter verstärkt. Es wurden viele Mitarbeiter entlassen und zahlreiche Bankfilialen geschlossen.

Durch die Einschränkung der Kreditvergaben mussten auch viele mittelständische Unternehmen Konkurs anmelden, was durch die entstehende Massenarbeitslosigkeit die Weimarer Republik weiter destabilisierte. Insbesondere die großen Geschäftsbanken waren für die krisenhafte Zuspitzung verantwortlich. Die mangelnde Bereitschaft bestimmter Großbanken, durch gemeinsames Handeln die Situation zu entschärfen, stellt den beteiligten Bankmanagern ein Armutszeugnis aus. Doch auch den damaligen Reichsbankpräsident Hans Luther trifft eine Mitschuld, da er jahrelang den Banken zu wenig auf die Finger geschaut hatte, was letztlich den Aufstieg totalitärer Kräfte in Deutschland ermöglichte.

Hitlers Finanziers

Ohne Geld von außen hätte es keinen Reichskanzler Adolf Hitler gegeben. Der Aufstieg der NSDAP zur mächtigsten Partei Deutschlands wäre ohne Kapital nicht möglich gewesen. Die Bankiers, die ihm Geld gaben, sahen

im späteren Führer ein Mittel zum eigenen Zweck, nämlich noch mehr Geld zu verdienen. Als Adolf Hitler im Herbst 1919 zur NSDAP kam, befanden sich in der Parteikasse nicht einmal acht Mark. So war es kein Wunder, dass die Partei während der 1920er Jahre eher ein Schattendasein führte. Am 20. Mai 1928 zogen lediglich zwölf Nationalsozialisten in den Reichstag ein. Doch nach dem Börsenkrach von 1929 legte die Partei plötzlich erheblich zu, so dass bei der Wahl vom 14. September 1930 die NSDAP bereits 107 Mandate erzielte. Eine Privatarmee wie die SA, die 1932 bereits 220.000 Mitglieder umfasste, ein Propaganda-Medium wie der Völkische Beobachter und die Organisation von Großveranstaltungen gibt es nicht zum Nulltarif. Es ist nicht zu leugnen, dass die NSDAP die intensiven Wahlfeldzüge in den frühen dreißiger Jahren aus der eigenen Parteikasse nie hätte finanzieren können.

Wie konnte die chronisch verschuldete NSDAP also ihre finanzielle Frischzellenkur durchführen? Ein wesentlicher Kapitalgeber für die Nazis waren anfänglich die italienischen Schwarzhemden unter Führung von Benito Mussolini. Die enormen Beträge gelangten von Italien über eine Schweizer Bank zu Hitler nach München. Hitlers frühester, treuester und freigebigster Förderer unter den deutschen Industriellen war Fritz Thyssen, dessen Name als Inbegriff der deutschen Schwerindustrie galt. Thyssen war es, der den äußerst exklusiven Zirkel der "Ruhrlade", dem zwölf einflussreiche und finanzkräftige Industrielle angehörten, dazu überreden konnte, einen politischen Fonds zur Alimentierung von Politikern aufzulegen. Damit flossen Hitler beträchtliche Summen zu, man spricht von 1,2 und 1,5 Millionen Mark jährlich.

Auch die Familie des Großindustriellen Hugo Stinnes hat seit 1925 Geld gespendet, was für die Weiterentwicklung der Nazi-Wochenzeitung Völkischer Beobachter zur Tagespublikation verwendet wurde. Einer der bekanntesten Geldgeber aus dem Ausland war das Ölunternehmen Royal Dutch Shell, die große Konkurrentin von Rockefellers Standard Oil auf dem Erdölmarkt der 1920er und 1930er Jahre. Eine weitere Wurzel des ausländischen Geldes führt zu Henry Ford, dem Konzernchef des amerikanischen Automobilproduzenten, der ein notorischer Judenhasser war. Ein Hinweis darauf, wie eng die Verbindung gewesen sein muss, zeigt sich darin, dass ein Bild von Henry Ford im Münchner Hauptquartier der NSDAP hing und dieser mit dem Großkreuz des Deutschen Adlerordens, der höchsten Auszeichnung, die Nazi-Deutschland an Ausländer zu vergeben hatte, ausgezeichnet wurde. So bekam Hitler größere Geldzuwendungen von Ford, woraufhin er als Dank die Ford Motor Company am Aufbau der deutschen Streitkräfte vor dem Zweiten Weltkrieg beteiligte.

Doch Ford war nicht das einzige US-Unternehmen, welches von Hitlers Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen profitieren wollte. An der Wallstreet standen viele Firmen bereit, wie der englische Geschichtsforscher Antony C. Sutton herausfand. Die Ursprünge für die Geldflüsse aus Amerika gehen auf den Friedensvertrag von Versailles zurück, der in Wahrheit ein Kriegsvertrag mit unbekanntem Eintrittsdatum war. Da die Reparationszahlungen für Frankreich in Gold bezahlt werden mussten, das Deutsche Reich diesen Zahlungen jedoch unmöglich nachkommen konnte, wurde der Dawes-Plan entwickelt. J. P. Morgan rief unter Leitung des Bankers Charles Gates Dawes ein Bankiers-Komitee ins Leben, welches ein Programm für die Reparationszahlungen entwickelte, was an Kriminalität kaum zu überbieten ist. Mit diesem wurden keine deutschen Schulden getilgt, sondern nur von einem Konto zum anderen verschoben, ein System, das sofort zusammenbrechen würde, sobald der Kapitalfluss aus den USA ausbleiben würde. Außer den Bankern, die Gebühren und Provisionen bekamen, hatte niemand etwas vom Geldsegen, der über Deutschland hereinbrach.

Die Saat des 2. Weltkrieges

Wenn man bedenkt, dass es im 1. Weltkrieg nur darum ging, Deutschland von den Ölquellen im Nahen Osten (Bau der Bagdad-Bahn) abzuhalten, so hätte Otto von Bismarck, der wie kein zweiter die Zusammenhänge der Macht durchschaute, angesichts der Kriegserklärung des Kaisers wohl erschaudert. Hauptprofiteure dieses Krieges waren die internationalen Banken, die den 1. Weltkrieg finanzierten. Dagegen wurde Deutschland, welches das ausgehende 19. Jahrhundert dominiert hatte (Großbritannien befand sich von 1873 bis 1896 in einer wirtschaftlichen Depression), durch die Reparationszahlungen, die von internationalen Bankiers diktiert wurden, ins ökonomische Mittelalter katapultiert. Reichspräsident Friedrich Ebert protestierte gegen den Vertragsinhalt lautstark, indem er von einer „Gewalt ohne Maß und Grenzen“ sprach, die dem deutschen Volk angetan werden sollte, und Ministerpräsident Phillip Scheidemann sprach von einem „Gitterwerk, hinter dem 60 Millionen Deutsche als Gefangene schmachten müssten“. Beide sollten recht behalten, denn zwischen 1924 und 1931 zahlte Deutschland im Rahmen des Dawes- und des nachfolgenden Young-Planes den Alliierten ungefähr 36 Milliarden Mark an Reparationen, während es sich im selben Zeitraum etwa 33 Milliarden Mark (hauptsächlich) aus den USA auslieh.

Owen D. Young von der Morgan Bank wurde 1929 Direktor der New Yorker Federal Reserve Bank. Es ist offensichtlich, dass hier die Bankiers unter dem Deckmantel der Vereinigten Staaten operierten, um ihre finanziellen Bereicherungspläne umzusetzen. Durch den Dawes-Plan wuchs die Wirtschaft der Weimarer Republik in den goldenen 1920er Jahren deutlich. Allerdings machten sich seit 1927 Banken der Wallstreet und das US-Schatzamt

Sorgen, dass Deutschland bald überschuldet sein könnte. Deshalb sollten die deutschen Reparationen endgültig auf ein realistisches Niveau festgelegt werden. 1928 wurde unter Leitung Owen Youngs der Young-Plan erarbeitet. Er trat am 17. Mai 1930 rückwirkend zum 1. September 1929 in Kraft und setzte bei einer Schuldenlast von etwa 36 Milliarden Reichsmark eine durchschnittliche Annuität von rund zwei Milliarden Reichsmark fest, die zum überwiegenden Teil in Devisen zu zahlen war. Er sollte bis 1988 gelten, wurde aber bereits im Juni 1931 durch das Hoover-Moratorium ausgesetzt und im Juli 1932 von der Konferenz von Lausanne aufgehoben.

Der damalige Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht befand den Young-Plan als zu teuer, da auch noch nachfolgende Generationen mit ihm belastet würden und trat aus Protest 1930 nach dessen Billigung durch den Reichstag von seinem Amt zurück. Im Nachhinein war der Young-Plan wahrscheinlich sogar der Grund für Hitlers kometenhaften Aufstieg in den Jahren 1930 bis 1933. Denn es war damals klar, dass Deutschland wieder Krieg führen würde und man daran noch viel mehr verdienen konnte als durch den Schuldendienst des Reiches. Der Bankier Warburg wurde gebeten zu prüfen, ob Hitler für amerikanisches Geld zugänglich sei. Hitler, der möglichst schnell an die Macht wollte, da die Popularität seiner NSDAP wieder am Abklingen war, willigte ein und so strömten riesige Summen von der Wallstreet zu Hitler.

Die ersten Millionen aus dem Ausland trafen kurz vor dem unerwarteten Wahlsieg Hitlers von 1930 ein und der Geldfluss auf versteckte Konten von schätzungsweise 150 Millionen Mark rollte bis zu Hitlers Machtantritt Ende Januar 1933 weiter. Hierbei hatten die US-Banker das Motto: So viel Geld geben als nötig, jedoch nicht mehr. Dieselben Wallstreet-Bankiers, die 1917 schon die bolschewistische Revolution finanziert hatten, unterstützen in verantwortungsloser Weise auch Adolf Hitler, da sich bei einem Krieg in bester Rothschild-Manier am besten verdienen lässt.

Bankiers finanzierten aber nicht nur die Machtergreifung des Führers, sondern auch die Aufrüstung des 3. Reiches sowie den 2. Weltkrieg. Es waren dieselben Bankiers, die später den Kalten Krieg schürten und durch die Remilitarisierung der Bundesrepublik Deutschland Riesengewinne einstrichen. Zu den maßgeblichen Geldgebern von Hitler zählte der Bankier Max M. Warburg (Mitfinanzier der bolschewistischen Revolution) als Treuhänder des New Yorker Bankhauses Kuhn, Loeb und Co. sowie amerikanische Öl-Magnaten. Als die Nazis an die Macht gekommen waren, gewährten sie der Firma Opel, einer Tochter der von J.P. Morgan kontrollierten General Motors, Steuerfreiheit. Aus Dankbarkeit wurden die Opel-Gewinne dann gleich wieder in Deutschland reinvestiert. Wenn jedoch ausländisches Geld, welches von ausländischen Banken bereitgestellt wurde, mitschuldig am Aufstieg Adolf Hitlers ist, so stellt sich die Frage, warum US-Banker und US-Ölmagnaten nicht auch vor dem Nürnberger Tribunal saßen.

Das heikle Thema: „Unterstützung Hitlers durch die USA“ durfte während der Prozesse nicht einmal erwähnt werden. Als Hjalmar Schacht diese Dinge zur Sprache bringen wollte, bekam er einen Maulkorb verpasst. Es sollte nicht an die Öffentlichkeit dringen, dass Hitler nicht durch seine Massenbewegung an die Macht gekommen war, sondern durch Blut-Doping in Form von Kapitalinjektionen der ausländischen Großindustrie. Hitler kam nicht aus eigener Kraft an die Macht, sondern wurde durch Bankiers auf den Thron befördert. Tragisch ist, dass dies zu einem Zeitpunkt geschah, als seine Popularität bereits wieder zu schwinden begann.

Wer gegen die Zentralbank angeht, stirbt

Bis jetzt ist gegen jeden Präsidenten, der versucht hat, sich gegen die Federal Reserve zu stellen, ein Mordanschlag verübt worden. Dies ist nicht weiter verwunderlich, denn wer das Geld kontrollierte, hatte die Macht, und wenn ein Präsident den Privatbanken diese Macht entreißen wollte, musste er beseitigt werden. Seit es Zentralbanken gibt, haben diese eine maßgebliche Rolle gespielt, wenn es darum ging, Blasen entstehen zu lassen. Denn nur in den anschließenden finanziellen Blutbädern lässt sich massiv Geld verdienen. Deshalb darf die Kontrolle der Zentralbanken nicht auf die Regierung übergehen, sondern muss stets von den Privatbanken kontrolliert werden. Auf der Homepage der Federal Reserve wird gelogen, dass sich die Balken biegen: „The Federal Reserve System is not owned by anyone and is not a private, profit-making institution. Instead, it is an independent entity within the government, having both public purposes and private aspects.” So wurde auf Präsident Andrew Jackson im Jahr 1834 ein Attentat verübt, was den jedoch in seinem Kampf gegen die Bankenindustrie nur bestärkte. 31 Jahre später wurde Präsident Abraham Lincoln ermordet, als er sich weigerte, den Bankiers hohe Zinsen für die Finanzierung des Bürgerkrieges zu bezahlen und selbst die Gelddruckmaschine anwerfen wollte. Sein Kommentar:

- Geld wird aufhören, der Meister der Menschen zu sein, es wird sein Bediensteter werden. Demokratie wird sich über die Geldmacht erheben.

Es verwundert auch kaum, dass 1881 Präsident James Garfield ermordet wurde, der das Recht zum Gelddrucken

wieder auf den Staat übertragen wollte:

> Wer auch immer die Geldmenge in unserem Land kontrolliert, ist der uneingeschränkte Herrscher über den gesamten Handel und die Industrie ... Und sobald man begreift, dass das ganze System sehr einfach gesteuert werden kann, so oder so, durch einige wenige an seiner Spitze, dann braucht einem nicht mehr erklärt zu werden, woher Zyklen der Inflation und Rezession kommen.

Jahre später war es kein Geringerer als John F. Kennedy, der 1963 eine Ausführungsverordnung zur Ausgabe von drei Milliarden Dollar in Nennwerten von zwei und fünf Dollar unterschrieb und zinsfreie Noten herausgab. Kennedy wollte damit den Grundstein legen, dass die US-Regierung ihr eigenes, nicht durch Kreditaufnahme geschöpftes, schuldenfreies Geld herausgeben kann. Am 4. Juni 1963 unterzeichnete John F. Kennedy ein präsidiales Dokument ("Executive Order Number 11110″), mit der er das frühere Dokument ("Executive Order Number 10289″), mit der am 23.12.1913 die Gründung der „Federal Reserve" beschlossen wurde, außer Kraft setzte. Präsident Kennedy wollte die Herstellung von Banknoten wieder in die Gewalt des Staates zurückzubringen.

Er wollte dem US-Kongress die selbstverständliche Macht zurückgeben, das Staatsgeld zum Wohle der ganzen Nation zinslos in den Geldkreislauf der USA einzubringen. Bis zur Ermordung Kennedys waren vier Milliarden US-Dollar in 2- und 5-Dollar-Scheinen ausgeliefert. Durch seine Ermordung konnten die neuen 10- und 20-Dollarscheine nicht mehr ausgeliefert werden, da die erste Amtshandlung seines Nachfolgers Lyndon B. Johnson war, den präsidialen Beschluss wieder aufzuheben. Mit der Ermordung Kennedys wurde die Chance verspielt, zinsfreies Geld zum Wohle aller Amerikaner in Umlauf zu bringen und die Staatsverschuldung nicht eskalieren zu lassen. Seit der Ermordung Kennedys im Jahr 1963 hat es kein Präsident der USA mehr gewagt, sich der Macht des Großkapitals zu widersetzen.

Es geht auch anders

Dass Verantwortung und der Beruf des Bankiers miteinander verbunden werden können, zeigt Alfred Herrhausen, der ehemalige Vorstandssprecher der Deutschen Bank. In der Nachkriegsgeschichte Deutschlands gab es nur wenige Bankmanager, die so viel Macht und Einfluss erreichten, trotzdem aber stets Mensch blieben. Er hatte die besondere Fähigkeit, zuhören zu können und sich Zeit für andere zu nehmen. Seine Kritikoffenheit und seine Flexibilität im Handeln machten ihn schon damals zu einem Ausnahmebanker. Herrhausen wollte ständig dazulernen, altes Wissen verlernen und nach besseren Lösungen suchen. Kein Vorstandssprecher einer Bank hat je offener über die Macht der Banken, aber auch über ihre gesellschaftspolitische Verantwortung diskutiert. Für Herrhausen begann Macht nicht erst bei der Einflussnahme, sondern bereits bei der Möglichkeit dazu. Es stand für ihn außer Frage, dass eine führende Wirtschaftsmacht wie Deutschland ein gesundes und einflussreiches Bankensystem benötigt. Entscheidend für ihn war jedoch, wie man dies transparent macht, um eine hohe gesellschaftliche Akzeptanz für das eigene Handeln zu erreichen.

Herrhausen forderte, sorgsam mit der Macht umzugehen: "Natürlich haben wir Macht. Es ist nicht die Frage, ob wir Macht haben oder nicht, sondern die Frage ist, wie wir damit umgehen, ob wir sie verantwortungsbewusst einsetzen oder nicht." Er forderte von seinen Managern die ständige Erneuerung, auch wenn dies die Überwindung erheblicher Widerstände erfordern sollte. Anders als sein bewahrender Nachfolger Kopper forderte Herrhausen deshalb kreative Unruhe, ein innovatives Chaos, um die Strukturen, Strategien und die Steuerung von Unternehmen permanent zu verbessern. Systemorientiertes Denken war für ihn notwendige Bedingung für die Sicherung der Zukunft.

Das Besondere an seiner Bankkarriere war, dass er zuvor als Industriemanager gewirkt hatte, im Gegensatz zu vielen im eigenen Saft groß gewordenen Bankvorständen. Seine Aufsichtsratssitzungen waren, wie dies heute üblich ist, keine Selbstbeweihräucherungs-Workshops oder hoch bezahlte Kaffeerunden, sondern strategische Meilensteine für die beteiligten Unternehmen. Kein Vorstandssprecher der Deutschen Bank hat jemals freimütiger das statische Selbstverständnis der Deutschen Bank und ihre Trägheit gegenüber Innovationen in den Führungsstilen hervorgehoben.

Herrhausen war es, der gegen allerlei Widerstand seiner Kollegen bereits 1971 die strategische Planung bei der Deutschen Bank etablierte und in den 1980er Jahren die Bedeutung interner und externer Kommunikation für die Erreichung der Unternehmensziele hervorhob. Er dezentralisierte die Deutsche Bank zunehmend und baute sie durch transnationale Akquisitionen zu einem Global Player für das 21. Jahrhundert aus. Er war ein Vertreter innovativen Bankings, der selbst die Trends vorgeben wollte, anstatt andere zu kopieren. Es kam für ihn auf ein dialektisches Denken an, welches sich nicht mit Gleichmacherei, sondern mit den Gegensätzen beschäftigte. Trotz seiner hohen zeitlichen Belastung als Vorstandssprecher der Deutschen Bank, sah er es als seine Pflicht an, mit dazu beizutragen, dass Deutschland in der Forschung wieder eine führende Position einnehmen würde. Wissenschaft und Bildung

waren für ihn bedeutende Quellen für die Innovationskraft und des Wohlstandes der Bundesrepublik Deutschland.

Alfred Herrhausen, der als Deutschlands mächtigster Bankmanager eine hohe internationale Achtung genoss, betonte immer wieder, dass wir auch Glasnost für den Kapitalismus benötigen, wenn wir die freiheitliche Ordnung sichern wollen. Sozial bedeutete für ihn nicht, was die Gesellschaft für den einzelnen tut, sondern das, was der einzelne für die Gesellschaft tut. Deshalb gab es für ihn nur einen Weg, nämlich weg von der kollektiven Verantwortung hin zur Verantwortung des einzelnen. Herrhausens Mut und seine Entschlossenheit, seine Wahrheitsliebe und sein Charisma zeigte er auch, als er sich kurz nach Öffnung der Berliner Mauer am 9. November 1989 für die Wiedervereinigung aussprach und an der Gestaltung des 10-Punkte-Plans zur Deutschen Einheit mitwirkte. Kurz vor seinem Tod am 30. November 1989. Für Herrhausen war es nicht denkbar, Politik allein den Politikern zu überlassen, da diese die Staatsquote in den letzten Jahrzehnten ins Absurde überhöht haben. Probleme wurden für ihn nicht durch Bürokratien, sondern durch Märkte gelöst.

Sicher hat auch Herrhausen Fehler, aber er hat diese nicht ausgesessen, sondern sie so schnell er nur konnte korrigiert. Herrhausen betonte stets, dass wir nicht die Schuld bei anderen suchen sollen, sondern stets bei uns selbst. Seine oberste Maxime lautete: „Wir müssen das, was wir denken, sagen. Wir müssen das, was wir sagen, tun. Wir müssen das, was wir tun, dann auch sein."

Dipl.-Ing. Artur P. Schmidt studierte Luft- und Raumfahrttechnik in Stuttgart und Berlin. Für die Promotion entwickelte er ein kybernetisches Marktanalyse-Verfahren am Beispiel der Strategischen Planung von Airbus Industries. Nach einer Beratungstätigkeit bei Anderson Consulting sowie als Leiter der Strategischen Analyse der Ruhrgas AG war Dr. Schmidt Stipendiant der Stiftung zur Förderung der systemorientierten Managementlehre und Schüler von Prof. Hans Ulrich, dem Begründer des St. Galler Management-Ansatzes. Während dieser Zeit begann Dr. Schmidt seine publizistische Laufbahn, aus denen Bücher wie "Endo-Management" und "Der Wissensnavigator" sowie Wirtschaftsbücher wie "Wohlstand_fuer_alle.com" oder "Crashonomics" hervorgingen. Heute entwickelt der Wirtschaftskybernetiker Lenkungs-Cockpits und ist Herausgeber des Online-News-Portals www.wissensnavigator.com sowie von Finanzportalen wie www.bankingcockpit.com und www.wallstreetcockpit.com.

Literatur

Teil 10: Die Gier nach mehr, doch Geld ist nicht alles

Telepolis Artikel-URL: http://www.heise.de/tp/r4/artikel/29/29387/1.html

---

Copyright © Heise Zeitschriften Verlag